6. Nachweis der Weigerung des Eigentümers, die Baumaßnahmen durchzuführen,
7. Nachweis des Scheiterns einer Vereinbarung zur Durchführung der Baumaßnahmen,
8. Nachweis des Scheiterns von Verhandlungen über den Eigentumserwerb,
9. Erklärung über das Vorliegen der für die Entschädigung oder das Entgelt erforderlichen finanziellen Mittel,
10. bestehende Grundstücksbelastung, Einheitswert,
11. Antragsteller.

**Gesetz
über die Entschädigung
für die Bereitstellung von Grundstücken
— Entschädigungsgesetz —
vom 15. Juni 1984**

Zur Regelung der Entschädigung, die gemäß Artikel 16 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik für Grundstücke zu zahlen ist, die auf Grund staatlicher Entscheidungen für gemeinnützige Zwecke bereitgestellt werden, beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik folgendes Gesetz:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Entschädigung der bisherigen Eigentümer für Grundstücke, Gebäude, bauliche Anlagen und Anpflanzungen nach dem Entzug des Eigentumsrechtes für gemeinnützige Zwecke auf gesetzlicher Grundlage. Es regelt auch die damit verbundene Erfüllung von Ansprüchen der bisherigen Inhaber im Grundbuch eingetragener Rechte an Grundstücken oder Gebäuden und die Erfüllung von Ansprüchen für bauliche Veränderungen und Anpflanzungen, die bisherige Mieter oder Nutzer dieser Grundstücke oder Gebäude auf der Grundlage von Miet- oder Nutzungsverträgen vorgenommen haben.

(2) Gebäude im Sinne dieses Gesetzes sind auch Baulichkeiten gemäß § 296 des Zivilgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. Juni 1975 (GBI. I Nr. 27 S. 465).

(3) Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Höhe und die Zahlung der Entschädigung sowie über die Behandlung der Ansprüche von Gläubigern und die Unterstützung der Bürger sind von Staatsorganen, volkseigenen Kombinat, wirtschaftsleitenden Organen, volkseigenen Betrieben, staatlichen und volkseigenen Einrichtungen, sozialistischen Genossenschaften und gesellschaftlichen Organisationen sowie deren Betrieben und Einrichtungen auch beim käuflichen Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und baulichen Anlagen anzuwenden.

(4) Dieses Gesetz gilt nicht für die Berechnung und die Zahlung einer Entschädigung oder eines Entgeltes für Nutzungsrechte oder Nutzungsbedingungen, die zugunsten des sozialistischen Eigentums an Grundstücken, Gebäuden oder baulichen Anlagen bestehen.

(5) Dieses Gesetz berührt nicht Ansprüche

— auf Ausgleich der wirtschaftlichen Nachteile gemäß den Bestimmungen zum Schutz des land- und forstwirtschaft-

lichen Bodens und zur Sicherung der sozialistischen Bodennutzung,

- aus der Durchführung des Besitzwechsels bei Bodenreformgrundstücken,
- auf die Erstattung von Aufwendungen für die Verlagerung bzw. die Veränderung von Grundmitteln,
- auf die Erstattung von Umzugskosten der Bürger sowie andere in Rechtsvorschriften geregelte Ansprüche.

§ 2

Entschädigungsanspruch

(1) Der Entschädigungsanspruch besteht gegenüber dem Rat des Kreises, in dessen Territorium die Grundstücke, Gebäude, baulichen Anlagen und Anpflanzungen liegen. Entschädigungsberechtigt sind die bisherigen Eigentümer der Grundstücke, Gebäude, baulichen Anlagen und Anpflanzungen (nachfolgend Entschädigungsberechtigte genannt).

(2) Besteht unabhängig vom Eigentum an Grundstücken selbständiges Eigentum an Gebäuden, baulichen Anlagen und Anpflanzungen, so steht sowohl deren bisherigen Eigentümern als auch den bisherigen Eigentümern der Grundstücke ein eigener Entschädigungsanspruch zu.

(3) Ein Entschädigungsanspruch für Gebäude und bauliche Anlagen einschließlich Um- und Ausbauten besteht nicht, wenn sie auf Grund einer befristeten Baugenehmigung/Bauzustimmung errichtet wurden und diese Frist abgelaufen ist.

(4) Ein Entschädigungsanspruch besteht nicht für erwarteten zukünftigen Ertrag oder Gewinn aus den Grundstücken, Gebäuden, baulichen Anlagen oder Anpflanzungen.

§ 3

Entschädigung

(1) Die Entschädigung für den Entzug des Eigentumsrechtes an Grundstücken, Gebäuden, baulichen Anlagen und Anpflanzungen erfolgt in Geld. Sie wird aus dem Staatshaushalt finanziert.

(2) Die Entschädigung wird vom Tag der Wirksamkeit des Entzuges des Eigentumsrechtes an bis zum Tag der Zahlung der Entschädigung mit jährlich 4 % verzinst. Diese Zinsen sind Bestandteil des Entschädigungsanspruches.

§ 4

Höhe der Entschädigung

(1) Grundlage für die Berechnung der Höhe der Entschädigung ist der Wert der Grundstücke, Gebäude, baulichen Anlagen oder Anpflanzungen am Tag der Wirksamkeit des Entzuges des Eigentumsrechtes.

(2) Die Höhe der Entschädigung ist in Anwendung der geltenden Preisvorschriften festzusetzen. Die Entschädigung darf den zulässigen Höchstpreis nicht überschreiten.

§ 5

Unterstützung der Bürger

(1) Die Räte der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden sind verpflichtet, Bürger, denen das Eigentumsrecht an ihrem persönlich genutzten Eigenheim entzogen worden ist, auf Antrag beim Erwerb eines vorhandenen oder Bau eines neuen Eigenheimes zu unterstützen. Das gleiche gilt, wenn Bürgern das Eigentums- oder Nutzungsrecht an Grundstücken und Gebäuden entzogen worden ist, die der persönlichen Hauswirtschaft dienen. Bei der Wiederbeschaffung von Wo-